



Model United Nations
Schleswig-Holstein 2026
Menschenrechtsrat

**Menschenrechtswidrige
Verhaftung politischer
Oppositioneller**

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Inhaltswarnung	2
Zusammenfassung	3
Punkte zur Diskussion	3
Einleitung	4
Hintergrund und Grundsätzliches	5
Kontrollinstanzen und Regelwerke	5
Aktivitäten Nichtstaatlicher Akteur*innen	6
Aktuelles	7
Aktuelle Fälle von politischer Verhaftung	7
Einschätzung der UN	8
Situation in den USA	8
Probleme und Lösungsansätze	9
Einheitliche Definition	9
Freilassung und Wiedereingliederung von Opfern	10
Verstöße sanktionieren	10
Hinweise zur Recherche	10
Wo sollte recherchiert werden?	10
Wie lässt sich die nationale Position herausarbeiten?	11
Glossar/Lexikon	12
Wichtige Dokumente und Quellen	14

Inhaltswarnung

Dieser Gremientext benennt unter anderem den Freiheitsentzug und die Inhaftierung. Bei manchen Personen lösen diese Themen starke Emotionen aus. Falls Sie zu den betroffenen Personen gehören, entscheiden Sie bitte selbst, ob Sie gerade in der Lage sind, sich mit dem Thema / diesen Themen zu beschäftigen, ob Sie das lieber zu einem späteren Zeitpunkt tun oder vorher bestimmte Maßnahmen ergreifen wollen.

Zusammenfassung

Die willkürliche Inhaftierung *politischer Oppositioneller* beschreibt die Festnahme von Personen aufgrund ihrer politischen Aktivitäten oder kritischen Äußerungen gegenüber der Regierung. In der Regel geschieht dies ohne rechtsstaatliche Verfahren oder unter dem Vorwand vager Sicherheitsbedrohungen. Dieses Vorgehen verletzt zentrale Menschenrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf ein faires Verfahren, wie sie im *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)* garantiert werden. Ursachen liegen meist in einer übermäßigen Machtkonzentration, schwammigen Strafnormen und einer fehlenden Unabhängigkeit der Justiz. Zwar existieren internationale Kontrollmechanismen, etwa die *UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen*, doch deren Handlungsspielraum bleibt begrenzt.

Beispiele aus dem Iran, Russland und den USA zeigen unterschiedliche Ausprägungen politisch motivierter Festnahmen. Dabei reicht das Ausmaß von gezielten Strafverfahren gegen Regierungskritiker*innen bis zur Kriminalisierung von Protestbewegungen. Die Lösungsansätze reichen von verbindlicher Transparenz und internationalem Monitoring über gezielte Sanktionen gegen Verantwortliche bis hin zur langfristigen Stärkung unabhängiger Justizsysteme und nationaler Menschenrechtsinstitutionen.

Zentrale Fragen für die Debatte lauten: Wie lässt sich Willkür objektiv nachweisen? Welche Mechanismen sind politisch realistisch und rechtlich vertretbar? Und wie kann internationale Unterstützung so gestaltet werden, dass sie Schutz bietet, ohne selbst instrumentalisiert zu werden?

Punkte zur Diskussion

- Welche überprüfbaren Berichtspflichten sollten Staaten künftig einführen, damit eine Prüfung durch UN-Organe möglich wird?
- Welche Mechanismen kann der Menschenrechtsrat empfehlen, damit die *UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche*

Inhaftierungen schneller und systematischer Fälle priorisieren kann, ohne staatliche Zustimmung vorauszusetzen?

- Was sind die Chancen und Risiken von einem abgestuften Paket aus Maßnahmen, das Staaten direkt zur Freilassung politisch Inhaftierter bewegt?
 - Aus welchen Maßnahmen könnte ein solches Paket bestehen?
 - Welche Kritiken könnten den Einsatz und die Aufhebung solcher Maßnahmen bestimmen und warum?
- Wie können UN-Mitgliedstaaten sicherstellen, dass internationale Unterstützung zum Kapazitätsaufbau in Justiz- und Menschenrechtsinstitutionen nicht instrumentalisiert wird, um *Repression* zu professionalisieren?
- Welche Schutzmechanismen für Aktivist*innen, Journalist*innen und Oppositionelle können Staaten verbindlich einführen, damit Überlebende nach der Haft sozial und rechtlich wieder integriert werden? Wie kann dabei sichergestellt werden, dass dies nach einem opferzentrierten Ansatz erfolgt?
- Welches Mindestmaß an Transparenz über Haftbedingungen, Strafverfahren und Zugang zu Rechtsbeistand sollte der Menschenrechtsrat von allen Staaten einfordern, und wie lässt sich dies praktikabel durch Monitoring überprüfen?

Einleitung

Die willkürliche Inhaftierung *politischer Oppositioneller* zählt zu den schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen weltweit. Sie dient häufig dem Zweck, abweichende Meinungen zu unterdrücken und staatliche Kontrolle über politische Debatten zu sichern. In vielen Ländern werden Gesetze zur nationalen Sicherheit oder Terrorismusbekämpfung so ausgelegt, dass sie jegliche Regierungskritik strafbar machen. Wer friedlich protestiert oder seine Meinung äußert, läuft Gefahr, ohne rechtsstaatliche Grundlage inhaftiert zu werden. Solche Praktiken verstoßen gegen fundamentale internationale Normen wie den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)*, der sowohl die Freiheit der Person, als

auch das Recht auf ein faires Verfahren garantiert. Willkürliche Inhaftierungen untergraben das Vertrauen in staatliche Institutionen und blockieren den Aufbau *pluralistischer Gesellschaften*.

Für den UN-Menschenrechtsrat ist dieses Thema von hoher Relevanz, da es die Legitimität staatlicher Macht, die Unabhängigkeit der Justiz und die Glaubwürdigkeit des internationalen Menschenrechtssystems betrifft. Die Analyse solcher Fälle erfordert nicht nur juristische Expertise, sondern auch politisches und gesellschaftliches Verständnis. Denn menschenrechtswidrige Inhaftierungen treten nicht ausschließlich in autoritären Staaten auf. Auch vermeintlich demokratische Politiker*innen können in Versuchung geraten, Sicherheitsgesetze zu missbrauchen. Eine sachliche, faktenbasierte Auseinandersetzung im Rat kann helfen, Schutzmechanismen zu entwickeln und Staaten stärker an ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen zu binden.

Hintergrund und Grundsätzliches

Kontrollinstanzen und Regelwerke

Unter willkürlicher Inhaftierung versteht man Freiheitsentzug ohne *völkerrechtlich* anerkannten Grund oder ohne Einhaltung grundlegender rechtsstaatlicher Verfahren. Maßgebliche Standards liefern die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* sowie der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, insbesondere Artikel 9 (Schutz der persönlichen Freiheit) und Artikel 14 (Recht auf ein faires Verfahren).



Hände greifen in einen Zaun | Quelle: unsplash, Mitch Lensink

Politisch motivierte Festnahmen entstehen meist dort, wo rechtsstaatliche Strukturen schwach, Antiterrorgesetze unklar formuliert und Gerichte politischem Druck ausgesetzt sind. Nationale Menschenrechtsinstitutionen (z.B. die Comisión Nacional de Derechos Humanos (CNDH) in Mexiko) sind häufig zu abhängig oder finanziell geschwächt, um wirksam zu kontrollieren. Auf internationaler Ebene stehen Mechanismen wie die [UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen](#) oder das [System der Sonderverfahren des Menschenrechtsrats](#) zur Verfügung. Sie können Fälle untersuchen und Empfehlungen aussprechen, verfügen aber über keine Durchsetzungsbefugnis - bedeutet, ihre Entscheidungen sind nicht rechtlich bindend.

Aktivitäten Nichtstaatlicher Akteur*innen

Zivilgesellschaftliche Organisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch oder Freedom House dokumentieren Fälle und leisten rechtliche Unterstützung. Dabei erzeugen sie öffentlichen Druck. Die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft reichen von diplomatischen Protesten bis hin zu Sanktionen. Ein zusätzliches Problem besteht in der fehlenden einheitlichen Definition des Begriffs „politischer Gefangener“, was sowohl statistische Erhebungen als auch rechtliche Einstufungen erschwert. Für eine glaubwürdige Debatte sind daher präzise Definitionen und überprüfbare Nachweise ebenso wichtig wie politisch realisierbare Reformvorschläge.

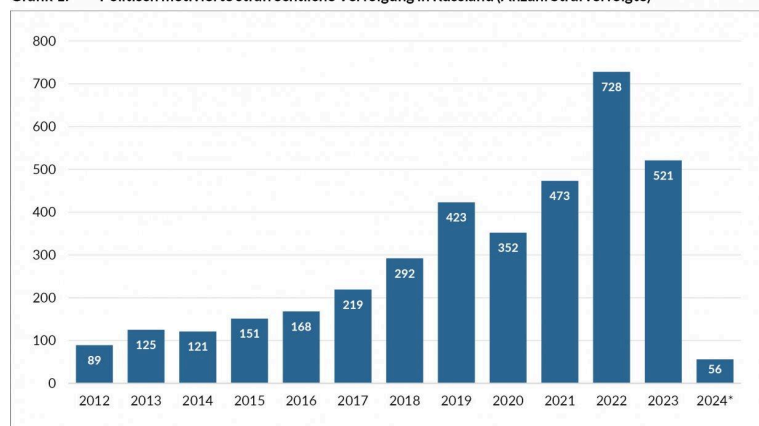
Aktuelles

Aktuelle Fälle von politischer Verhaftung

Im Iran ist seit 2024 eine deutliche Zunahme politisch motivierter Strafverfahren zu beobachten, insbesondere gegen Frauenrechtlerinnen. Ein prominentes Beispiel ist die Journalistin Nasrin Roshan, die wegen „Propaganda gegen das System“ und angeblicher „Zusammenarbeit mit feindlichen Staaten“ zu mehreren Jahren Haft verurteilt wurde. Sie verbrachte über 500 Tage in Isolationshaft im berüchtigten Evin-Gefängnis. Auch der Student Ehsan Faridi wurde nach friedlichen Protesten festgenommen und wegen „Verbreitung von Korruption auf Erden“ zum Tode verurteilt. Diese Fälle zeigen, wie vage Sicherheitsgesetze zur Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Engagements genutzt werden.

In Russland hat sich der Druck auf die Opposition weiter verschärft. Der frühere Weggefährte des verstorbenen Oppositionellen Alexei Nawalny, Leonid Volkov, wurde 2025 in Abwesenheit zu 18 Jahren Haft verurteilt – unter dem Vorwurf der „Extremismusfinanzierung“ und „Rechtfertigung von Terrorismus“. Auch der liberale Politiker Lev Shlosberg von der Partei Jabloko wurde angeklagt, weil er den Krieg gegen die Ukraine kritisiert hatte. Die russische Regierung nutzt Strafrecht zunehmend als Werkzeug politischer *Repression*.

Grafik 1: Politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung in Russland (Anzahl Strafverfolgte)



* 01.01. - 12.02.2024

Quelle: OVD-Info: "Data on politically motivated criminal prosecutions in Russia", zuletzt aktualisiert am 12.02.2024, online über <https://en.ovdinfo.org/data-politically-motivated-criminal-prosecutions-russia>.

Quelle: <https://ovd.info/en/politpressing?>

Einschätzung der UN

Im Februar 2025 warnten UN-Expert*innen, dass in Russland mehr als 2 000 politische Gefangene festgehalten würden, viele von ihnen in lebensbedrohlichen Haftverhältnissen. In einer Pressemitteilung des *Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR)* vom 3. September 2025 betonte man, dass ein russischer Rückzug aus der *Europäischen Konvention zur Verhütung von Folter* die Gefahren für Gefangene weiter erhöhen würde. Parallel dazu verabschiedete im Juni 2023 der Rat der Europäischen Union Sanktionen gegen diejenigen Personen, die mitverantwortlich für die Verurteilung des Oppositionellen Wladimir Kara-Murza wären.

Situation in den USA

In den USA wird der Umgang mit Protestbewegungen zunehmend kritisch hinterfragt. Nach den groß angelegten Studierendenprotesten von 2024 kam es zu über 3.000 Festnahmen.

Menschenrechtsgruppen sehen darin teils überzogene Eingriffe in das Recht auf friedliche Versammlung. Der Fall des Aktivisten Mahmoud Khalil, der wegen Teilnahme an pro-palästinensischen Demonstrationen in Verwaltungshaft kam, verdeutlicht, wie auch Demokratien Gefahr laufen, zwischen legitimer Sicherheitspolitik und politisch motivierter Strafverfolgung zu verschwimmen. Die Dokumentation "Visible and Invisible Bars" des NGOs Freedom House vom Jahr 2024 führt uns vor, dass Repressionen gegen Oppositionelle nicht nur unter Autokratien auftreten, sondern auch in Demokratien.



Frau demonstriert nach der Ermordung von George Floyd gegen Polizeigewalt in den USA |
Quelle: pexels, Life Matters

Probleme und Lösungsansätze

Einheitliche Definition

Ein grundlegendes Hindernis liegt darin, dass es noch keine allgemein verbindliche, internationale Definition für den Begriff “politisch motivierte Inhaftierung” oder “politischer Gefangener”. Diese Begriffsunsicherheit erschwert Vergleichbarkeit, Monitoring und internationale Reaktionsmechanismen erheblich und ermöglicht es zugleich die Durchsetzung fragwürdiger Sicherheitsgesetze. Um eine einheitliche Definition zu schaffen, müssten Staaten gemeinsam über den Menschenrechtsrat einen verbindlichen Rahmen beschließen, der Kriterien enthält wie: eine Freiheitsentziehung ohne ausreichenden rechtlichen Grund, ein Verfahren oder Vorwurf mit politischem oder regimekritischem Hintergrund, und überproportionale Strafe oder diskriminierende Anwendung.

Mit einer solchen Definition könnten Rechtsmechanismen wie Berichtspflichten oder Sanktionen besser begründet werden, da die Verletzung an Hand einer klar definierten Norm leichter belegbar ist und damit politisch durchsetzbar wird.

Freilassung und Wiedereingliederung von Opfern

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Frage der Freilassung bereits Inhaftierter und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Nach einer Freilassung müssen Betroffene nicht nur physisch wieder frei sein, sondern benötigen rechtlichen Schutz, psychologische Unterstützung, Zugang zu Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten sowie gesellschaftliche Reintegration. Der Menschenrechtsrat könnte Übergangsprogramme einrichten, die zivilgesellschaftliche Partner*innen einbeziehen und individuelle Fallbegleitung gewährleisten: Rechtshilfe für gerichtlich Verurteilte, Schutz vor Repressalien und Maßnahmen zur Wiederherstellung bürgerlicher Teilhabe.

Verstöße sanktionieren

Darüber hinaus könnten gezielte Sanktionen gegen verantwortliche Akteure die persönliche Rechenschaft fördern. Als Orientierung kann das Modell *Globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte* dienen. Entscheidend ist, dass solche Maßnahmen an überprüfbare Kriterien und klare Bedingungen für ihre Aufhebung geknüpft werden. Langfristig ist die Stärkung unabhängiger Justiz- und Menschenrechtsinstitutionen zentral. Nur stabile nationale Strukturen können *Rechtsstaatlichkeit* nachhaltig sichern. Dazu gehören Schulungen für Justizpersonal, Unterstützung für NGOs, rechtlicher Beistand für Betroffene und Reintegrationsprogramme für ehemalige politische Gefangene.

Hinweise zur Recherche

Wo sollte recherchiert werden?

Für eine fundierte Analyse empfiehlt es sich, sowohl offizielle als auch unabhängige Quellen zu nutzen:

1. UN-Seiten, insbesondere die des System der Sonderverfahren des Menschenrechtsrats und der UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen, bieten offizielle Berichte, Stellungnahmen und Länderbewertungen.
2. NGO-Reports von Organisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch oder Freedom House liefern detaillierte Fallstudien, Zahlen und Analysen zu aktuellen Entwicklungen.
3. Nationale und regionale Datenplattformen sowie Berichte von Menschenrechtsorganisationen vor Ort ermöglichen einen Blick auf lokale Dynamiken und geben oft Zugang zu unveröffentlichtem Material oder Augenzeugenberichten. (konkrete Quellen siehe Quellenverzeichnis)

Wie lässt sich die nationale Position herausarbeiten?

1. Prüfen der Rechtslage:
Untersuchen, ob das Land den ICCPR ratifiziert hat und welche Vorbehalte oder Einschränkungen bestehen. (Die Ratifizierung ist der letzte Schritt im Prozess der Genehmigung eines Abkommens, durch die die Parteien ihre Absicht bekunden, an dieses Abkommen gebunden zu sein)
2. Analyse der Gesetzgebung:
Nationale Regelungen zu Terrorismusbekämpfung, Notstandsrecht und Versammlungsfreiheit sollten auf mögliche Konflikte mit internationalen Menschenrechtsnormen überprüft werden.
3. Fallbasierte Hinweise sammeln:
Berichte von NGOs und der UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen können helfen, konkrete Fälle willkürlicher Inhaftierung zu identifizieren, die als Beleg dienen.
4. Politische Koalitionen identifizieren:
Analysieren, welche Staaten ähnliche Positionen vertreten oder als Bündnispartner infrage kommen, und welche politischen Hemmnisse einer gemeinsamen Resolution entgegenstehen.

Glossar/Lexikon

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: grundlegendes Dokument der Vereinten Nationen von 1948, das universelle Menschenrechtsstandards festlegt

Autoritäre Staaten: Regierungen, in denen die Macht zentralisiert ist und nicht bei der Bevölkerung liegt. Sie schränken Freiheiten ein, unterdrücken Opposition und kontrollieren Medien, wobei sie Gewalt anwenden, um ihre Herrschaft zu erhalten.

Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR):

Abteilung des UN-Sekretariats mit Sitz in Genf, die für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte weltweit zuständig ist. Seine Hauptaufgaben sind die Unterstützung von Regierungen und Organisationen bei der Umsetzung von Menschenrechtsstandards, die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen sowie die Beratung und Berichterstattung an die UN.

Globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der

Menschenrechte: von der Europäischen Union verabschiedetes Gesetz, das gezielte Maßnahmen wie Einreiseverbote und Kontensperrungen gegen Einzelpersonen oder Organisationen ermöglicht, die weltweit für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Es soll sicherstellen, dass Verantwortliche für Repression und Gewalt international zur Rechenschaft gezogen werden, auch wenn nationale Justizsysteme versagen.

Europäische Konvention zur Verhütung von Folter (CPT): schützt Gefangene, indem sie regelmäßige, unangemeldete Besuche in Haftanstalten durch das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter (EKVF) ermöglicht, um Folter und unmenschliche Behandlung zu verhindern. Sie basiert auf dem Verbot von Folter gemäß Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention und zielt auf die Identifizierung von Risikosituationen statt auf die Untersuchung einzelner Fälle ab. Die Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten, die Bedingungen in allen Einrichtungen, in denen Personen die Freiheit entzogen wird, zu prüfen und Berichte mit Empfehlungen zu erstellen.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte

(ICCPR): wurde 1966 verabschiedet und gilt als eine zentrale Säule des internationalen Menschenrechtsschutzes. Er garantiert unter anderem das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person, das Verbot willkürlicher Verhaftungen sowie das Recht auf ein faires und öffentliches Verfahren.

Pluralistische Gesellschaften: von Vielfalt und der Koexistenz verschiedener Gruppen, Interessen, Werte und Lebensstile geprägt. Anstatt einer einzigen dominanten Kultur oder Machtstruktur existieren mehrere unterschiedliche Gruppen friedlich nebeneinander, die auch um politischen Einfluss konkurrieren können. Ein offener und toleranter

Umgang mit dieser Vielfalt, die Akzeptanz von Unterschieden und die Fähigkeit, Konflikte durch Kompromisse zu lösen, sind wesentliche Merkmale.

Politische*r Oppositionelle*r: Politische Opposition bezieht sich auf Gruppen oder Parteien, die nicht mit der derzeitigen Regierung übereinstimmen und alternative Politiken vorschlagen. Sie spielt eine entscheidende Rolle in demokratischen Systemen, indem sie die Regierung zur Verantwortung zieht und Meinungsvielfalt fördert. Das Verständnis der politischen Opposition ist wichtig, um zu erkennen, wie Demokratien funktionieren und Stabilität schaffen.

Rechtsstaatlichkeit: bedeutet, dass die öffentliche Gewalt (Regierung, Verwaltung, Gerichte) an Recht und Gesetz gebunden ist und ihre Handlungen nicht willkürlich erfolgen dürfen.

Repression: gezielte Unterdrückung oder Verfolgung von Gruppen oder Personen aus politischen Gründen. Beispiele sind die Einschränkung von Freiheiten durch den Staat oder die Unterdrückung von Minderheiten.

System der Sonderverfahren des Menschenrechtsrats (Special Procedures): Netzwerk unabhängiger Expert*innen des UN-Menschenrechtsrats, die entweder für bestimmte Länder oder thematische Schwerpunkte (z. B. Meinungsfreiheit, Folter, willkürliche Inhaftierung) zuständig sind. Sie erstellen Berichte, führen Länderbesuche durch und geben Handlungsempfehlungen an Regierungen.

Universal Periodic Review (UPR): turnusmäßiger Überprüfungsmechanismus des UN-Menschenrechtsrats, bei dem die Menschenrechtsslage jedes Mitgliedstaats regelmäßig bewertet wird. Andere Staaten können Empfehlungen aussprechen, die von der überprüften Regierung angenommen oder abgelehnt werden.

UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen: spezialisierte UN-Arbeitsgruppe, die Fälle willkürlicher Inhaftierung untersucht, Stellungnahmen abgibt und Empfehlungen zur Freilassung Betroffener ausspricht. Auch wenn sie keine rechtlich bindende Autorität besitzt, spielt sie eine wichtige Rolle bei der internationalen

Dokumentation und der öffentlichen Sichtbarmachung von Menschenrechtsverletzungen.

Völkerrecht: Sammelbegriff für alle Rechtsnormen, die das Verhältnis der (unabhängigen) Staaten untereinander und die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten und den internationalen Organisationen regeln.

Wichtige Dokumente und Quellen

Hinweis: Wenn Sie die angegebenen Quellen lieber auf deutsch lesen möchten, ist hier eine Anleitung, wie Sie das tun können.

(<https://support.google.com/translate/answer/2534559?hl=de&co=G&ENIE.Platform%3DDesktop>)

- UN Human Rights Council: A/HRC/RES/33/30 – Resolution on Arbitrary Detention, 30. September 2016. → https://ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A%2FHRC%2FRES%2F33%2F30 – Zentrale Resolution des Menschenrechtsrats, die das Mandat und die Kompetenzen der UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen festlegt. Sie bildet die wichtigste völkerrechtliche Grundlage für das Thema des Gremientextes. (englisch)
- United Nations (UN Treaty Collection): Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), 1966. → <https://www.ohchr.org/en/professionalinterest/pages/ccpr.aspx> – Kernvertrag des internationalen Menschenrechtsschutzes, der das Verbot willkürlicher Festnahme sowie das Recht auf ein faires Verfahren festschreibt. (englisch)
- Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR): UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen – Mandate, Procedures and Opinions. → <https://www.ohchr.org/en/special-procedures/wg-arbitrary-detention> – Offizielle Informationsseite mit Mandatsbeschreibung, Fallbeispielen und Verfahrensübersicht. Grundlage für das

Verständnis der UN-Arbeitsweise zu willkürlicher Inhaftierung.
(englisch)

- Freedom House: Visible and Invisible Bars: Political Imprisonment, Civil Death, and the Consequences of Democratic Erosion, 2024. →
https://freedomhouse.org/sites/default/files/2024-01/Visible_and_Invisible_Bars_PoliticalPrisonersReport_2024.pdf – Umfassender Bericht zu globalen Trends politischer Gefangenschaft mit quantitativen Daten und politischen Handlungsempfehlungen. (englisch)
- Amnesty International: Iran: Authorities target women's rights activists with arbitrary arrest, flogging and death penalty, März 2025. →
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/03/iran-authorities-target-womens-rights-activists-with-arbitrary-arrest-flogging-and-death-penalty/> – Belegt systematische Repression gegen Frauenrechtlerinnen und Journalistinnen im Iran, zentral für die Fallanalyse. (englisch)
- Center for Human Rights in Iran (CHRI): Crushing Dissent Outside the Spotlight in Iran's Provincial Cities, August 2025. →
<https://iranhumanrights.org/2025/08/crushing-dissent-outside-the-spotlight-in-irans-provincial-cities/> – Liefert regionale Fallbeispiele zu willkürlichen Verhaftungen außerhalb Teherans, u. a. den Fall Ehsan Faridi. (englisch)
- Associated Press (AP News): Russia sentences opposition leader Leonid Volkov to 18 years in prison in absentia, Juni 2025. →
<https://apnews.com/article/russia-leonid-volkov-navalny-sentencing-2025-18-years-8f1c8b6717bf1c07fa45d2e2> – Dokumentiert exemplarisch politische Verfolgung in Russland anhand des Falls Volkov. (englisch)
- Associated Press (AP News): Russian opposition politician Lev Shlosberg placed under house arrest for criticizing the war, Juli 2025. →
<https://apnews.com/article/lev-shlosberg-russia-ukraine-critici>

[sm-arrest-2025-6a01dd2fc50c50b0e1f765d618177e54](#) –

Belegt die Ausweitung der Repression auf moderate politische Akteur*innen in Russland. (englisch)

- Human Rights Watch (HRW): US: End Campaign of Draconian Campus Arrests, April 2025. →
<https://www.hrw.org/news/2025/04/03/us-end-campaign-draconian-campus-arrests> – Analysiert willkürliche Verhaftungen von Studierenden im Kontext von Pro-Gaza-Protesten in den USA. (englisch)

Human Rights Watch (HRW): Expert Report for Mahmoud Khalil, Juni 2025. →

<https://www.hrw.org/news/2025/06/05/expert-report-mahmoud-khalil> – Fallanalyse eines Aktivisten, dessen Inhaftierung auf politische Betätigung zurückgeht. Dient zur Einordnung westlicher Kontexte. (englisch)

- Council of the European Union (Rat der EU): Human rights violations in Russia: EU lists individuals responsible for Vladimir Kara-Murza's sentencing and degrading treatment, 5. Juni 2023. →
<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/06/05/human-rights-violations-in-russia-eu-lists-individuals-responsible-for-vladimir-kara-murza-s-sentencing-and-degrading-treatment/> – Beispiel für gezielte Sanktionspolitik der EU gegen Verantwortliche willkürlicher Inhaftierungen. (englisch)
- UN Office on Drugs and Crime (UNODC): Global Prison Brief 2024. →
https://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/briefs/Prison_brief_2024.pdf – Statistische Grundlage für weltweite Inhaftierungstrends und Gefängnispopulationen. (englisch)
- OVD-Info: Criminal Repression Dashboard (Russland). →
<https://ovd.info/en/politpressing> – Interaktive Datenbank zu politisch motivierten Strafverfahren in Russland. (englisch)
- United Nations (UN): Universal Declaration of Human Rights, 1948. →

<https://www.un.org/en/about-us/universal-declaration-of-human-rights> – Enthält das grundlegende Verbot willkürlicher Festnahmen, v. a. in Artikel 9. (englisch)

- United Nations General Assembly: A/RES/ES-11/3, 7 April 2022. → <https://digitallibrary.un.org/record/3967950?ln=en> – Resolution der UN-GV, die Russland wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen aus dem Menschenrechtsrat suspendierte; zeigt internationale Reaktion auf systematische Repression. (englisch)
- Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR): UN experts warn of grave risks to detainees as Russia moves to withdraw from European mechanisms, 3 September 2025. → <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/09/un-experts-warn-grave-risks-detainees-russia-moves-withdraw-european-torture> – Pressemitteilung mit Warnung vor tausenden politischen Gefangenen in Russland und dem Rückzug Russlands aus Kooperationsmechanismen. (englisch)
- Human Rights Watch: World Report 2025 – Russia country chapter. → <https://www.hrw.org/world-report/2025/country-chapters/russia> – Jährlicher Überblick zur Menschenrechtslage in Russland, aktueller Bericht mit konkreten Zahlen zur Repression. (englisch)
- European Parliament: Joint Motion for a Resolution on the human cost of Russia's war ... RC-B10-0304/2025 (4. Juli 2025). → https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-10-2025-0304_EN.html – Dokument der Europaparlaments zur Situation politischer Gefangener und Zivilist*innen in Russland und besetzten Gebieten; zeigt europäische legislative Reaktion. (englisch)
- OVD-Info: Persecution of the anti-war movement: Three Years into ... 2024-2025. → https://ovd.info/en/antiwar_3_years – Datenbank zur Verfolgung von Anti-Kriegs-Aktivist*innen in



Russland mit Zeitreihen zu Festnahmen; bietet quantitative
Evidenz zur Repression. (englisch)